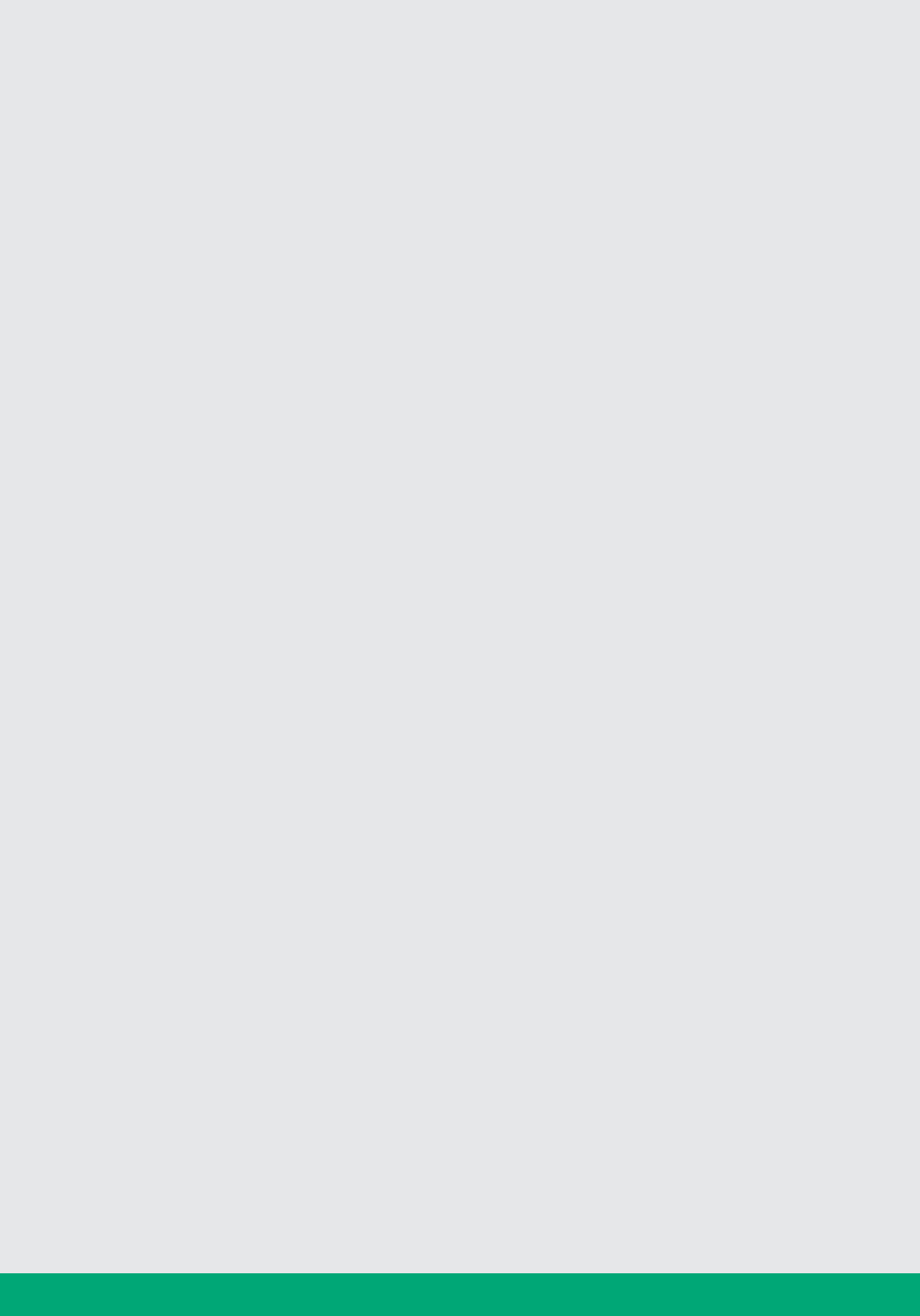




Gemeinsam begründen wir
unser Industrieland neu:

Sieben Punkte für eine starke Industrie in Nordrhein-Westfalen



Gemeinsam begründen wir unser Industrieland neu: **Sieben Punkte für eine starke Industrie in Nordrhein-Westfalen**

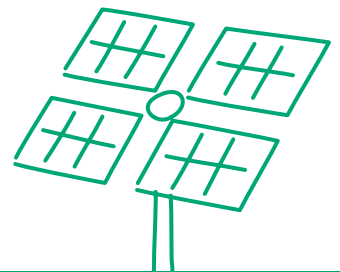
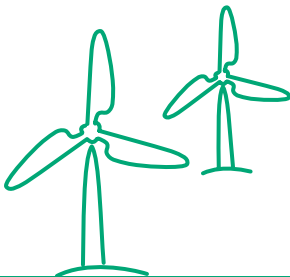
Unser Land blickt auf eine lange Tradition als Industrieland im Herzen Europas zurück. Damit diese Tradition eine Zukunft hat, müssen wir sie gemeinsam neu begründen. Es geht um nichts weniger als die Zukunft unserer Industrie in Nordrhein-Westfalen. Industriepolitik ist dabei kein Selbstzweck: Es geht im Kern um Chancen und Perspektiven für die Menschen und deren Lebensentwürfe, sowohl in der Gegenwart als auch in der Zukunft. Die aktuelle Transformation ist unsere Schicksalsfrage – aber keine, die dem Schicksal zu überantworten ist, sondern eine, die wir gemeinsam annehmen und gestalten.

Wir leben in einer Zeit, die von Unsicherheit geprägt ist: Die Klimakrise wird spürbar, die Nachwirkungen der Pandemie sind noch nicht verhallt, dazu kommen ein deutlicher Inflations- und Wettbewerbsdruck sowie ein vielfach noch fehlendes Geschäftsmodell für ein klimagerechtes Wirtschaften in Zeiten von Krieg in Europa und geopolitischen Zuspitzungen. Die Wirtschaft steht unter Druck, die Stimmung ist eingetrübt, wie aktuelle Daten zeigen. Nordrhein-Westfalen als Herzkammer des Industrielandes Deutschland spürt diese Rhythmusstörungen früher und deutlicher. So liegt die Produktion im verarbeitenden Gewerbe in Nordrhein-Westfalen hinter der Entwicklung im Bund, im Juni hat sie sich um 4,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr verringert. Besonders die energieintensiven Branchen wie die Metall- und Chemieindustrie stehen im scharfen Wind – konjunkturell und mit Blick auf die langfristige internationale Wettbewerbsfähigkeit. In der chemischen Industrie fällt die Produktion auf ein Allzeittief und lag im diesjährigen Juni 20 Prozent unter dem Wert von 2021.



Wahr ist: Vieles ist versäumt worden, wir leben seit Jahren von der Substanz und stehen vor Umbrüchen. Unsere Verkehrsinfrastruktur beispielsweise braucht dringend Investitionen und schnelle Verbesserung, um die Güter unserer Wirtschaft zu bewegen. Wahr ist aber auch: Im ganzen Land erleben wir Betriebe, Unternehmen und Konzerne, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, die Verantwortung übernehmen, die in die klimaneutrale Zukunft investieren und damit ein klares Bekenntnis für den Industriestandort NRW geben. Dabei ist eines klar: Eine leistungsfähige und leistungsbereite Wirtschaft ist die Grundlage für einen handlungsfähigen Staat und eine gerechte Gesellschaft. Und ein verlässlicher Staat ist die Grundlage einer starken Wirtschaft, einer starken Industrie.

Das Ziel unserer Industriepolitik ist klar: Die erste klimaneutrale Industrieregion entsteht hier, in Nordrhein-Westfalen, im Herzen Europas. Dazu bekennen wir uns im Sinne einer Veränderungs- und Sozialpartnerschaft mit der Industrie, dazu tragen wir durch gute Rahmenbedingungen, durch Respekt aber auch Verlässlichkeit gegenüber der Industrie bei. So machen wir gemeinsam unser Land und unsere Industrie fit für die Zukunft. Was wir konkret zu dieser Veränderungspartnerschaft beitragen, wird in den nachfolgenden 7 Punkten verdeutlicht.





Die Industrie im Land halten, das Industrieland NRW im Herzen Europas erhalten.

Die Sorgen der Industrie sind die Sorgen unseres Landes:

Jede achte erwerbstätige Person in Nordrhein-Westfalen arbeitet in einem der rund 10.000 Industriebetriebe, die zusammen mehr als ein Viertel der Bruttowertschöpfung des Bundeslandes erwirtschaften.

Diese Industrie, diese Wertschöpfung, diese Beschäftigung im Land zu halten und zudem gemeinsam fit für die Zukunft zu machen, hat für uns höchste Priorität. Wir setzen uns daher ganz konkret dafür ein, unsere Industrie in der aktuell angespannten Lage im Land zu halten und zu stützen.



Das heißt konkret:

- **Brückenstrompreis:** Die Energiepreisbremsen waren ein wirksames Instrument in der akuten Krise. Nun geht es darum, die energieintensive Industrie im Land zu halten und zu unterstützen. Sie wird durch hohe Energiepreise im internationalen Wettbewerb benachteiligt, ihre Existenz wird gefährdet, Abwanderung droht. Daher setzen wir uns gemeinsam mit anderen für einen Brückenstrompreis von 6 Cent pro Kilowattstunde ein, mit Anreizen zur Transformation und Energieeinsparung. Er ist eingebettet in eine Ausbaustrategie der erneuerbaren Energien, die auf absehbare Zeit dafür sorgen wird, dass die Marktpreise für Strom wieder spürbar sinken. Diese plan- und finanzierbare Perspektive braucht es bis zu dem Zeitpunkt, an dem grüner Strom in Deutschland in ausreichender Menge verfügbar ist, damit in Zukunft zu klimafreundlicheren Bedingungen in Deutschland produziert wird. Dafür sorgt der Brückenstrompreis als zeitlich befristete Hilfe, die angesichts größerer Anstrengungen für Klimaschutz der deutschen Industrie im Vergleich zur Konkurrenz in Europa und der Welt auch zu begründen ist.
- **Senkung der Stromsteuer:** Derzeit wird Strom mit 2,05 ct/kWh besteuert. Durch den weiterhin steigenden Anteil der Erneuerbaren Energien im Energiemix verfehlt die Stromsteuer zunehmend ihre umweltorientierte Lenkungswirkung. Daher setzen wir uns für eine Absenkung der Stromsteuer auf den europarechtlich zulässigen Mindestsatz von 0,01 ct/kWh ein. Eine Absenkung würde Unternehmen in der Breite die dringend notwendige Entlastung bei den Energiekosten bringen, unabhängig von ihrer Branche, Größe oder ihrem Energiekostenanteil. Damit würden wir nicht nur die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes erhöhen, sondern Mittel für Zukunftsinvestitionen bei den Unternehmen freisetzen. Zusätzlich würde eine Absenkung der Stromsteuer die Attraktivität von zunehmend erneuerbarem Strom gegenüber fossilen Energieträgern wie Gas oder Öl steigern und würde maßgeblich zur Förderung der Sektorenkopplung sowie zu einer bezahlbaren Energieversorgung beitragen.
- **Transformationsdialog:** Der Brückenstrompreis stabilisiert als Brücke den Weg der Transformation, der im Rahmen einer Veränderungspartnerschaft gegangen werden soll. Das verschafft der Industrie bereits heute Planungssicherheit und bietet Anreize, in die Transformation hier am Standort zu investieren. Ob Industriepakt, Zukunftsdialoq Industrie zum industriepolitischen Leitbild oder Chemiegipfel – wir arbeiten gemeinsam mit der Wirtschaft daran, Transformationspfade klar zu beschreiben und konkrete Umsetzungsschritte zu gehen.



Das Industrieland klimaneutral erneuern: Investitionen gemeinsam angehen, Steuermittel mit Mehrwert und Hebelwirkung einsetzen.

Der Wohlstand von morgen basiert auf Investitionen, die jetzt getätigt werden.

Nach Berechnungen des RWI sind für Nordrhein-Westfalen rund 70 Milliarden Euro jährlich notwendig, um die doppelte Transformation erfolgreich umzusetzen. Diese Summe kann nur gemeinsam gestemmt werden.

Daher leisten wir mit passgenauen Angeboten dort unseren Beitrag, wo Investitionen Wirkung entfalten.



Das heißt konkret:

- **Ankerbranchen im Land halten:** Das Industrieland Nordrhein-Westfalen verfügt über zentrale Ankerbranchen als Kern einer regionalen Wertschöpfungskette. Durch die gezielte Förderung dieser Ankerbranchen machen wir nicht nur die Unternehmen selbst fit für die Zukunft, sondern stärken auch die nachgelagerten Betriebe. Daher unterstützen wir den größten Stahlstandort Europas, Thyssenkrupp Steel Europe in Duisburg, mit bis zu 700 Mio. Euro Landesmitteln, der höchsten Fördersumme in der Geschichte des Landes, bei der Umstellung auf eine klimaneutrale Stahlproduktion mittels Wasserstoff. Allein hiermit reduzieren wir die industriellen CO₂ Emissionen Nordrhein-Westfalens um 8 Prozent.

Auch dem größten Kalk- und dem größten Zementstandort des Landes konnten wir helfen, Fördermittel der EU zu mobilisieren, um mit Carbon Capture and Storage-Projekten große Schritte in Richtung Klimaneutralität zu gehen. Mit entsprechenden Fördermitteln von EU, Bund und Land sowie der Entwicklung geeigneter Rahmenbedingungen halten wir die Ankerbetriebe im Land und unterstützen sie, auch künftig wettbewerbsfähig zu bleiben.

- **KMU für die regionale Wertschöpfung:** Kleine und mittelständische Unternehmen sind das verlässliche Zugpferd der nordrhein-westfälischen Industrie. Diese gerade in der Fläche wichtigen Unternehmen unterstützen wir bei der Umstellung ihrer Produktionsprozesse. Dazu setzen wir auch mit Hilfe der NRW.BANK ein Finanzierungsinstrument auf, im Rahmen dessen wir Investitionen von produzierenden und verarbeitenden Betrieben mit bis zu 2.500 Beschäftigten in die klimaneutrale Produktion mit einem dreistelligen Millionenbetrag unterstützen. Wir wollen die Wirtschaftlichkeitslücke dieser Unternehmen beim Umstieg auf klimaneutralen Produktionstechnologien deutlich verringern oder sogar schließen.
- **Fördermittel für den Wandel:** Wir entwickeln die Landesförderprogramme, allen voran die progress. NRW-Förderlinien, kontinuierlich weiter. So fördern wir unter anderen die industrielle Forschung und experimentelle Entwicklung, etwa in den Bereichen Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologien, aber auch die Umsetzung von Maßnahmen zu Geothermie, Photovoltaik, Energieeffizienz, klimagerechten Antrieben und Speichern sowie Wasserstoff in Unternehmen. Zudem unterstützen wir die Unternehmen dabei, weitere Mittel einzuwerben. Unter anderem über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Just Transition Fund (JTF) mobilisieren Land und Europäische Union mehr als 2,3 Milliarden Euro für richtungweisende Innovationen zur Klimaneutralität, der Klimaanpassung und Ressourceneffizienz.
- **Finanzierungsoptionen:** Im Wirtschaftsstabilisierungsfonds befinden sich ungenutzte Mittel, die verfügbar gemacht werden können. Zudem gibt es die Möglichkeit zur Kreditschöpfung beim Klima und Transformationsfonds des Bundes. Weiterhin sollten finanzielle Transaktionen zur Hebelung privater Investitionen stärker genutzt werden, so etwa durch entsprechendes Design der Förderprogramme von KfW und NRW.Bank. Ganz konkret können bestehende Bundes- und Landesbeteiligungen an Unternehmen genutzt werden, um dort transformative Investitionen zu befördern.

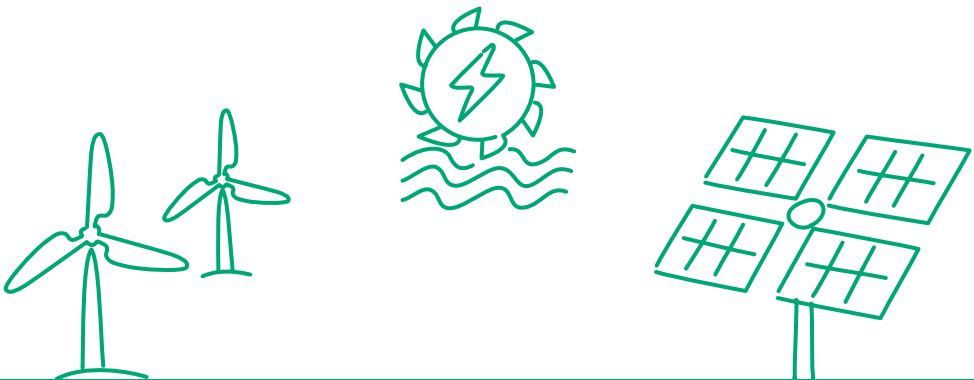


Neue Energie für Industrie und Wirtschaft – klimaneutral, regional und sicher.

Unser Industrieland braucht eine verlässliche und sichere Energieversorgung.

Dabei ist Klimaneutralität der Schlüssel, um auch für energieintensive Unternehmen, die mit innovativen herausragenden Produkten aus Nordrhein-Westfalen im globalen Wettbewerb bestehen, eine Zukunft in NRW zu sichern. Dazu schaffen wir gute Rahmenbedingungen und Energiesicherheit durch den beschleunigten Ausbau von erneuerbaren Energien.

Und wir schaffen Planungssicherheit als Grundlage für langfristige Investitionsentscheidungen der Industrie. Dieses gemeinsame Bekenntnis von Politik und Industrie für den Standort NRW schafft Perspektiven für eine klimaneutrale Wertschöpfung vor Ort.



Das heißt konkret:

- **Der Rahmen ist gesetzt:** Mit dem Eckpunktepapier zum vorgezogenen Kohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier wurde am 4. Oktober 2022 das Ziel der Landesregierung, den Kohleausstieg von 2038 auf 2030 vorzuziehen, umgesetzt. Diese politische Verständigung schafft Planungssicherheit und bildet die Grundlage für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in NRW. In enger Zusammenarbeit mit dem BMWK konnten wir sicherstellen, dass flexible Kraftwerke, die zunächst mit Erdgas, aber bis 2030 mit mindestens 50 Prozent und bis spätestens 2035 zu 100 Prozent mit Wasserstoff betrieben werden, gebaut werden können. So schaffen wir Energiesicherheit in der Transformation. RWE hat in diesem Zusammenhang zugesagt, rund 3 GW Kraftwerkskapazität (H2-ready), bei gegebener Wirtschaftlichkeit, an den Standorten seiner Kohlekraftwerke in NRW zu errichten.
- **Mehr Fläche für Erneuerbare:** Wir treiben die Bereitstellung zusätzlicher Flächen für Erneuerbare Energien voran, insbesondere für Wind- und Solarkraft. Dazu arbeiten wir derzeit an einer Aktualisierung des Landesentwicklungsplans und – gemeinsam mit den Regionen – an der Änderung der Regionalpläne. Unser Ziel ist es, bereits 2025 und damit sieben Jahre früher als gesetzlich erforderlich, 1,8 Prozent der Landesfläche für Windenergie zur Verfügung zu stellen.
- **Akzeptanz schaffen, Ausbau beschleunigen:** Derzeit erarbeiten wir ein Bürgerenergiegesetz und einen Bürgerenergiefonds, um Bürgerinnen und Bürgern mehr Teilhabe an der Energiewende zu ermöglichen. Dies schafft Akzeptanz für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und trägt dazu bei, die Energiewende zu beschleunigen und die regionale Energieerzeugung zu stärken. Dazu dient auch die Unterstützung der Landesregierung beim Ausbau von PV, wie etwa im Rahmen der Kampagne „PV-Anlagen auf Gewerbedächern“ und des Förderprogramms für PV-Anlagen auf kommunalen Gebäuden.

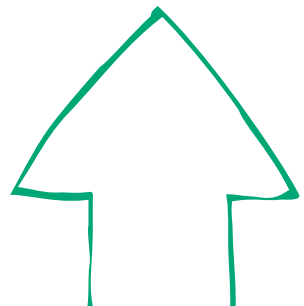


Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren: NRW-Geschwindigkeit für mehr Planungssicherheit auf allen Ebenen.

Bis zum Abschluss eines Investitionsprojektes vergeht durch teils langwierige Genehmigungs- und Anzeigeverfahren (zu) viel Zeit.

Dies ist nicht nur ein Nachteil für die Unternehmen, sondern ein klarer Standortnachteil. Neben qualifiziertem Personal in den Genehmigungsbehörden braucht es hier vor allem digitale Lösungen und im Sinne eine Entbürokratisierung schlankere Verfahren. Der lang angekündigte Bund-Länder-Pakt für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung muss nun endlich vom Bund finalisiert werden.

Im Bereich Genehmigungen von Windenergieanlagen sind wir bereits bundesweit führend – daraus werden wir lernen, um auch in anderen Bereichen der Zukunftsinfrastrukturen das Tempo weiter anzuziehen. Mithilfe eines Modellprojekts mit der Bezirksregierung Düsseldorf erproben wir beispielsweise die Beschleunigung für Genehmigungsverfahren zum Wasserstoffeinsatz in der Stahlproduktion.



Das heißt konkret:

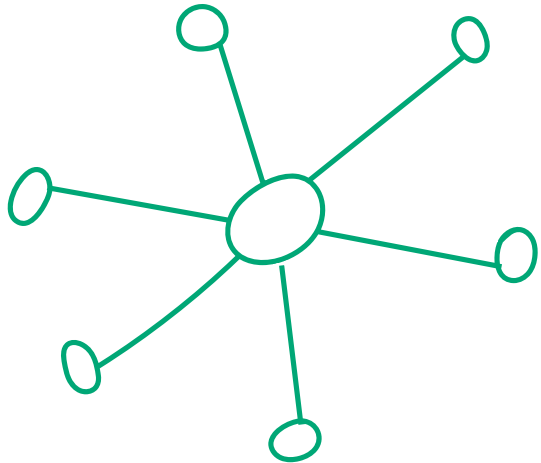
- **Task Force Ausbaubeschleunigung:** Die zuletzt deutliche Weiterentwicklung der bundesgesetzlichen Regelungen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien begleiten wir in Nordrhein-Westfalen mit der „Task Force Ausbaubeschleunigung Windenergie NRW“ und überarbeiten zum Beispiel derzeit den Windenergieerlass.
- **Verfahren digital verschränken:** Gemeinsam mit dem Umweltministerium arbeiten wir derzeit an der vollständigen medienbruchfreien Digitalisierung des Genehmigungsprozesses für Windenergieanlagen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Durch die Integration der verschiedenen Verfahrensschritte von Antragseinreichung, Prüfung und Öffentlichkeitsbeteiligung in der technischen Architektur des Wirtschafts-Service-Portal.NRW können erhebliche Beschleunigungspotenziale gehoben werden.
- **Empowerment vor Ort:** Die Bezirksregierungen konnten wir mit zusätzlichen Stellen im Bereich der Energieinfrastrukturplanung ausstatten und so zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren beitragen.
- **Rechtliche Möglichkeiten nutzen:** Mit der Umsetzung der EU-Notfallverordnung auf Landesebene wollen wir den Grundstein für weitere Beschleunigungen im Bereich klimaneutraler Technologien legen, etwa durch die Möglichkeit des Wegfalls von Umweltverträglichkeitsprüfungen und einer vereinfachten Artenschutzprüfung.



Das industrielle Erbe Nordrhein-Westfalens neu nutzen – hoch integrierte Wertschöpfungsketten und Pipelines als Standortvorteil beim Netzausbau.

Mit komplexen, miteinander verflochtenen Wertschöpfungsketten kennen wir uns in Nordrhein-Westfalen aus.

Bei den Planungen für das Wasserstoff-, Wärme- und Stromnetz der Zukunft können wir auf ein dichtes, bestehendes Netz zurückgreifen.



Das heißt konkret:

- **Integrierte Netzplanung:** Hier haben wir ein Wasserstoff-No-Regret-Netz identifiziert und aufgezeigt, wie Synergieeffekte zwischen den Planungen für Gas-, Wasserstoff-, Wärme- und Stromnetzen genutzt werden können. Die Planungen auf Bundesebene zum Wasserstoffkernnetz bestätigen unseren Ansatz und sehen Nordrhein-Westfalen bundesweit bestens aufgestellt.
- **Masterplan Geothermie:** Im Bereich der Wärmewende werden wir den Masterplan Geothermie vorlegen und den Markthochlauf mit konkreten Maßnahmen hinterlegen. Hierzu gehören beispielsweise weitere seismische Erkundungen. Geothermie ist nicht nur ein klimafreundlicher Allrounder für Warmwasser, Raum- und Fernwärme sowie Prozesswärme in der Industrie, sondern bietet auch wichtige Impulse für die Industrie in NRW, etwa bei Schlüsseltechnologien im Bereich Down- und Upstream (Bohrindustrie) und Planungs- und Servicekapazitäten.

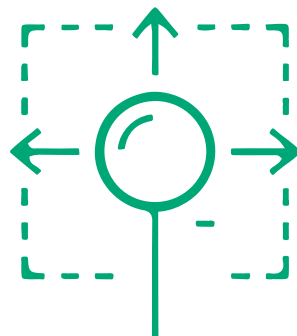


Brachflächen revitalisieren: Flächensparsamkeit und Industriepolitik verbinden.

Industrieunternehmen benötigen Flächen, und ein starker Industriestandort muss auch weiterhin Flächen für Unternehmen bereithalten.

Gerade in einem dicht besiedelten Land wie Nordrhein-Westfalen setzen wir, auch aus Gründen des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit, darauf, Industrie- und Gewerbeflächen vorrangig auf Brachen zu entwickeln und so alte Flächen neu zu beleben.

Das Areal Gate.ruhr in Marl ist ein Paradebeispiel: Ein ehemaliger Zechenstandort ist heute zu einem zukunfts-trächtigen Wirtschaftsstandort mit einer Gesamtfläche von 90 Hektar inklusive bester Verkehrsanbindung geworden.



Das heißt konkret:

- **Instrumentenkasten Revitalisierung:** Mit den aufwachsenden Fördermitteln aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, den Strukturhilfen für das Rheinische Revier und die Steinkohlekraftwerksstandorte im Ruhrgebiet sowie dem Just Transition Fund (JTF) im nördlichen Ruhrgebiet werden wir die Kommunen finanziell dabei unterstützen, regionalbedeutsame Brachflächen zu entwickeln. Von der Baureifmachung der Wirtschaftsflächen, ihrer verkehrlichen Erschließung, bis hin zu erforderlichen Umweltschutzmaßnahmen und Planungs- und Beratungskosten: Zusammen bildet dies ein Gesamtpaket einer nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaftsflächen für Industrieunternehmen in Nordrhein-Westfalen.
- **Verlässlichkeit und Planungssicherheit:** Wir halten an den planerischen Regeln für bedarfsgerechte Wirtschaftsflächen fest und machen die Flächennutzung effizienter. Die in den Regionalplänen in Nordrhein-Westfalen ausgewiesenen Flächen müssen zeitnah marktreif gemacht werden, damit sich Industrieunternehmen in Nordrhein-Westfalen ansiedeln und bestehende Unternehmen erweitern können. Die Entwicklung von Wirtschaftsflächen strategisch auf Branchen oder Cluster auszurichten, kann dabei einen Beitrag zu robusteren Lieferketten leisten. Exemplarisch wollen wir hier im Rheinischen Revier voranschreiten.



Eine attraktive Industrie für die Menschen im Land.

Ein Industrieland im Umbruch fordert die Menschen und eröffnet neue Arbeitsmärkte mit neuen Karrierewegen.

Leitlinie unserer Industriepolitik ist es, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Transformation zu stärken und gemeinsam mit der Industrie den Fachkräftemangel anzugehen: Durch Weiterbildung, durch gezielte Anwerbung und durch die Mobilisierung von denjenigen, die bislang noch nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

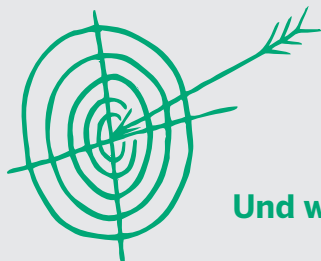


Das heißt konkret:

- **Berufliche Aus- und Weiterbildung in Transformationsberufen:** Wir unterstützen in NRW ansässige SHK-, Kälte- und Klimaanlage-Betriebe durch Prämien, um Führungskräfte für Fortbildungen zu Wärmepumpen freizustellen.
- **Ausländische Fachkräfte gewinnen:** Wir verfolgen gemeinsam mit unseren Partnern der Außenwirtschaft internationale Projekte zur Anwerbung von Fachberufen und Auszubildenden. Konkrete Projekte sind etwa im indischen Bundesstaat Karnataka geplant, dessen Hauptstadt Bangalore einer der weltweit führenden Tech- und Startups-Hubs ist, oder in den wirtschafts-starken ASEAN-Staaten Vietnam und Indonesien.
- **Potentiale heben, Arbeitskräfte mobilisieren:** Noch immer tragen strukturelle Hemmnisse dazu bei, dass potentielle Arbeitstätige dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Wir unterstützen die Fachkräfteoffensive der Landesregierung mit eigenen Aktivitäten, um ziel-genauer die Bedarfe in den besonders betroffenen Branchen ermitteln zu können, und setzen auf Branchendialoge, um gemeinsam mit der Industrie nach Lösungen zu suchen und Netzwerke zu stärken.

Unser Industrieland steht vor großen Herausforderungen.

Dies schafft Unsicherheiten, bietet vor allem aber auch Chancen. In Zeiten wirtschaftlichen Drucks besteht die Gefahr, dass unser Industrieland Nordrhein-Westfalen nachhaltig geschwächt wird. Dies gilt es zu verhindern, daher handeln wir jetzt – mit konkreten Maßnahmen, mit zielgenauen Investitionen und gemeinsam mit der Industrie.



Und wir haben ein klares Ziel:

Nordrhein-Westfalen wird die erste klimaneutrale Industrieregion Europas, nicht als Selbstzweck, sondern für die Unternehmen und Menschen im Land. So sichern und erneuern wir unsere Tradition als industrielle Herzkammer in Deutschland.

**Ministerium für Wirtschaft,
Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Berger Allee 25, 40213 Düsseldorf
www.wirtschaft.nrw



Impressum

Herausgeber

Ministerium für Wirtschaft,
Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen
Tel.: + 49 (0) 211/61772-0
Fax: + 49 (0) 211/61772-777

Internet: www.wirtschaft.nrw
E-Mail: poststelle@mwike.nrw.de

Bildnachweise

© shutterstock / nostalg1e (Titelbild)
© MWIKE NRW / Csaba Mester (Foto Berger Allee)

Die Publikation ist auf der Homepage des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen unter www.wirtschaft.nrw/broschuerenservice als PDF-Dokument abrufbar.

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und -bewerbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Dies gilt auch für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.